

Ausgaben, Einnahmen, Kontrollmechanismen

»Von Macht und Geld« war vor gut zehn Jahren ein Aufsatz in dieser Zeitschrift überschrieben, der sich mit den immer wiederkehrenden Fragen von Ausgaben und Einnahmen, von Kontrolle und Reform der Vereinten Nationen befaßte (Hans Arnold, *Von Macht und Geld. Die Weltorganisation im Zeichen der Reformdiskussion*, VN 1/1987 S. 1ff.). Hintergrund war eine aktuelle Finanzkrise der Organisation. Derartige Krisen haben allerdings die Vereinten Nationen seit Jahrzehnten begleitet und ihre Arbeit immer wieder beeinträchtigt. Auch in diesem Herbst stehen die UN vor besonders schwierigen Finanzentscheidungen. Dabei geht es zum einen um die Aufstellung des Haushalts, zum anderen um die Umlage der Ausgaben auf die Mitglieder. Die fällige Neufestsetzung der Beitragsskala ist mit intensiven Auseinandersetzungen verbunden. Dies überrascht, wenn man sich vor Augen führt, um welch marginale Beträge es in den nationalen Haushalten jedenfalls der großen Beitragszahler geht. Der für die Jahre 1998/99 vorgeschlagene Zweijahreshaushalt der Vereinten Nationen hat ein Volumen von knapp unter 2,5 Mrd US-Dollar. Um die tatsächliche Größenordnung zu veranschaulichen, hat eine Gruppe von Finanzexperten, die 1993 unter Vorsitz des früheren Präsidenten der US-Notenbank, Paul Volcker, Lösungen für die Finanzprobleme der UN erarbeiten sollte, festgehalten, daß die Aufwendungen für das reguläre Budget im Jahre 1992 von geringfügig mehr als 1 Mrd US-Dollar und die Kosten der Friedenssicherungsmaßnahmen des gleichen Jahres von 1,3 Mrd Dollar ungefähr den Ausgaben entsprach, die die Stadt New York 1992 für Polizei und Feuerwehr veranschlagt hatte. Auf deutsche Verhältnisse übertragen, ist der ordentliche Haushalt der Weltorganisation aus den letzten Jahren mit dem Haushalt einer deutschen Mittelstadt (etwa Bielefelds) verglichen worden. Angesichts der chronischen Finanzmisere sind verschiedentlich – auch aus dem System der Vereinten Nationen heraus – Vorschläge für alternative Finanzierungsmöglichkeiten gemacht worden; der Vorsitzende des Unterausschusses Vereinte Nationen im Deutschen Bundestag hat beispielsweise auf die durch neue Varianten der Mittelbeschaffung erreichbaren »Vorzüge einer partiellen finanziellen Eigenständigkeit der UN« hingewiesen (Eberhard Brecht, *Elemente einer künftigen deutschen UN-Politik*, VN 5-6/1995 S. 209ff.). Doch finden solche Gedanken einstweilen wenig Anklang bei den Regierungen insbesondere der größten Beitragszahler. Ihre Vertreter drängen in New York nach wie vor in erster Linie auf Ausgabendisziplin und Kontrolle; allerdings ist der hauptsächliche Wortführer dieser Debatte, die Regierung in Washington, noch immer nicht bereit, die vertraglichen Pflichten zur Deckung der Kosten der Organisation in vollem Umfang zu erfüllen.

Einen neuen Anlauf, die Erfüllung der Aufgaben durch die Organisation sicherzustellen und gleichzeitig dem Erfordernis sparsamer Mittelverwendung unter Bedingungen anhaltender Knappheit nachzukommen, hat Generalsekretär Kofi Annan mit seinem Mitte Juli vorgestellten Reformprogramm (vgl. VN 4/1997 S. 146ff.) unternommen. Besonderes Augenmerk gilt dabei der Steigerung der Effizienz; in diesem Zusammenhang würdigt er auch ausdrücklich die Arbeit des 1994 eingerichteten Amtes für Interne Aufsichtsdienste, das in dieser Zeitschrift von seinem Leiter – dem »Generalinspekteur« der UN – vorgestellt wurde (Karl Theodor Paschke, *Innenrevision in den Vereinten Nationen – eine neue Erfahrung*, VN 2/1996 S. 41ff.). Ein Novum ist der Gedanke der Kontrolle von Auftragserteilung und Mittelverwendung gleichwohl nicht; seit Jahrzehnten existieren Mechanismen der internen und der externen Prüfung. Letztere wird zum einen von den Rechnungsprüfern, die von nationalen Rechnungshöfen entsandt werden, und zum anderen von den Mitgliedern der Gemeinsamen Inspektionsgruppe vorgenommen. Daß sämtliche Prüfer Arbeit haben, ist unbestritten: Eine Großorganisation wie die Vereinten Nationen ist, kaum anders als ein Großunternehmen, vor Mißmanagement oder Unterschleifen nicht völlig gefeit. Doch stammten die von nicht immer wohlwollenden Kritikern gern zitierten Fallbeispiele tatsächlichen Fehlverhaltens häufig aus Untersuchungen der Vereinten Nationen selbst.

Zahlungsfähigkeit versus Zahlungsbereitschaft

Die Debatte um die Beiträge zu den Vereinten Nationen

WILFRIED KOSCHORRECK

Die Haushaltsentscheidungen, die in diesem Herbst für die Vereinten Nationen anstehen, haben einen doppelten Aspekt. Auf der einen Seite – der Ausgabenseite – müssen die Mitgliedstaaten darüber befinden, mit welchen vorrangigen Zielsetzungen die Weltorganisation in das nächste Jahrtausend geht und wie diese Prioritäten angesichts der auf absehbare Zeit herrschenden Mittelverknappung durch Verschlingung des Verwaltungsapparats und Aufgabenkonzentration in Einklang zu bringen sind mit der verfügbaren Finanzmasse. Denn die Organisation wird in den nächsten Jahren auf jeden Fall ohne reale Budgetsteigerungen auskommen müssen. Eher ist damit zu rechnen, daß es zu weiteren Einschränkungen kommen wird.

Ringens um die Beitragsfestsetzung

Andererseits muß die Generalversammlung, da der derzeit geltende Verteilungsschlüssel¹ Ende 1997 ausläuft, gleichzeitig mit dem Bud-

get für 1998/99 – für die Einnahmenseite – eine neue Verteilung der Beitragslast für die Zeit ab 1998 beschließen. Diese Entscheidungen zur Ausgaben- wie Einnahmenseite müssen bis Ende des Jahres getroffen sein, weil der Generalsekretär das Budgetvolumen und die einzelnen Beitragssätze der Mitgliedstaaten kennen muß, um die Beitragsrechnungen für das Jahr 1998 verschicken und damit bei chronisch leeren Kassen die Voraussetzung für Zahlungseingänge bereits im Januar schaffen zu können. Dabei steht die Mitgliedschaft vor sehr schwierigen Entscheidungen, weil die Vereinigten Staaten auf Grund nationaler Gesetzgebung eine Absenkung ihres Beitragssatzes von 25 auf 20 vH verlangen und sich gleichzeitig nach den neuesten verfügbaren Daten die Zahlungsfähigkeit der Staaten des früheren Ostblocks drastisch verringert; bei einer Fortschreibung der derzeit geltenden Bemessungskriterien würde auch deren Beitragsanteil um über 5 vH absinken. Somit müßten, wenn diese beiden Entwicklungen in der nächsten Beitragsskala ihren Niederschlag finden